Deutscher Bundestag **Drucksache 19/14347**

19. Wahlperiode 23.10.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff, Ulrich Oehme, Dr. Harald Weyel, Marc Bernhard, Jürgen Braun, Marcus Bühl, Matthias Büttner, Petr Bystron, Joana Cotar, Siegbert Dröse, Peter Felser, Wilhelm von Gottberg, Armin-Paulus Hampel, Martin Hess, Lars Herrmann, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Johannes Huber, Jens Kestner, Enrico Komning, Jörn König, Steffen Kotré, Rüdiger Lucassen, Jens Maier, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Volker Münz, Christoph Neumann, Frank Pasemann, Tobias Peterka, Jürgen Pohl, Stephan Protschka, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Kürzung von Entwicklungsleistungen gegenüber der Türkei

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesrepublik Deutschland leistete im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit als bilaterale Netto-ODA-Leistungen (ODA = Official Development Assistance) im Jahr 2017 finanzielle Hilfen in Höhe von 457.980.000 Euro an die Türkei.[1] 2016 betrugen die Netto-ODA-Leistung an die Türkei noch 178.071.243 Euro. Im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts (AA) ist die EU-Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei aktuell zu 97 Prozent ODA-anrechenbar. Insgesamt umfasst die EU-Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei ein Budget von 6 Milliarden Euro, aufgeteilt in zwei Tranchen von jeweils 3 Milliarden Euro. Der deutsche Beitrag liegt gemäß EU-Verteilungsschlüssel bei insgesamt knapp 650 Millionen Euro.[2]

Trotz der hohen Summen, die die Türkei im Rahmen der EU-Fazilität zur Bewältigung der Flüchtlingskrise erhält, steigen die Zahlen illegaler Übertritte von der Türkei nach Griechenland aktuell im Vergleich zu 2018 stark an. Die

[1] Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: *Bilaterale ODA-Rangliste 2017*, abrufbar unter https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Ministerium/ODA/3_D3_Bilaterale_ODA_Rangliste_2017_Spalte_2.pdf.

[2] Mündliche Unterrichtung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) in seiner 33. Sitzung am 15.05.2019 durch die Parlamentarische Staatssekretärin Frau Dr. Maria Flachsbarth.

türkische Regierung nutzt den Migrationsdruck nach Europa als politisches Druckmittel gegen die Europäische Union, um weitere und besser durch die türkische Regierung kontrollierbare Finanzmittel zu erwirken.

Im Oktober 2019 marschierte die Türkei in Syrien ein und startete eine primär gegen die Kurden gerichtete Militäroffensive in Nordsyrien. Weiterhin kooperiert die türkische Regierung mit islamistischen Milizen in Syrien. Vor diesem Hintergrund ist die Türkei als destabilisierender Faktor im Syrienkonflikt und in der syrischen Flüchtlingskrise kein geeigneter Kooperationspartner.

Zugleich lässt sich seit dem Putschversuch im Jahr 2016 in der Türkei aus Sicht der Bundesregierung „eine Intensivierung der Versuche des türkischen Staates feststellen, Einfluss auf die türkische Diaspora und Türkei-stämmige Deutsche in Deutschland auszuüben“.[3] Diese Bemühungen werden vielfach und entschieden gestützt durch türkische Organisationen, die in der Bundesrepublik Deutschland. Zu diesen Organisationen zählen insbesondere der türkische Geheimdienst (MIT)[4], die „Osmanen Germania BC“ (OGBC)[5], die „Union Türkisch-Europäischer Demokraten“ (UETD)[6] und die „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.“ (DITIB)[7]. Diese Organisationen versuchen, sich in deutsche, innenpolitische Belange einzumischen – auf Geheiß der Türkei. Dies stellt eine Verletzung der deutschen Souveränität durch die Türkei dar.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. die bilateralen ODA-Leistungen an die Türkei im größtmöglichen Umfang zu kürzen;
2. auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass die EU-Fazilität mit der Türkei nicht fortgesetzt wird;
3. künftig keine weiteren Zahlungen an die Türkei zu leisten, solange sich die Türkei in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einmischt.
4. eine größtmögliche Mittelkürzung gegenüber der Türkei auf multilateraler Ebene, hier vor allem auf Ebene der EU, zu verfolgen;
5. unabhängig dieser Kürzungen darauf hinzuwirken, Deutschland vor der Einflussnahme der Türkei besser zu schützen.

Berlin, den 17. Oktober 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

[3] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE auf Bundesdrucksache 19/154.
[4] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE auf Bundesdrucksache 18/10739.
[5] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE auf Bundesdrucksache 18/12237.
[6] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE auf Bundesdrucksache 18/9399.
[7] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE auf Bundesdrucksache 18/11571.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Begründung

I. Die Türkei ist kein geeigneter Partner zur Bewältigung der Flüchtlingskrise

Seit 2016 kooperieren die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise im Rahmen der EU-Fazilität mit der Türkei. Teil dieses Türkei-Deals ist die finanzielle Unterstützung der Türkei bei der Versorgung und Integration syrischer Flüchtlinge in Höhe von 6 Milliarden Euro. Außerdem soll die Türkei ihre Grenzen engmaschiger kontrollieren, um ein illegaler Übersetzen syrischer Migranten nach Griechenland zu verhindern. Die Türkei soll zudem aus Griechenland abzuschiebende Migranten zurücknehmen Im Gegenzug sagte die EU zu, für jeden zurückgenommenen Migranten einen syrischen Flüchtling aus der Türkei aufzunehmen. Insgesamt hat Europa bisher etwa zehnmal mehr Syrer direkt aus der Türkei aufgenommen als von den griechischen Inseln in die Türkei abgeschoben wurden.[8] Seit März 2016 wurden im Rahmen des Türkei-Deals 1904 Menschen von Griechenland in die Türkei rückgeführt. Im selben Zeitraum allerdings nahm die EU über 24.000 Syrer aus der Türkei auf, auf Deutschland allein entfielen knapp 9.000 von ihnen.[9]

Die türkische Regierung missbraucht die Sorge der EU vor weiteren Migrantenwellen, um von der EU ein politisches Entgegenkommen zu erzwingen. So fordert die Türkei mehr Geld, mehr Kontrolle über dieses Geld, die Visa-Freiheit für türkische Staatsbürger und den Ausbau der EU-Türkei-Zollunion. Trotz des Deals steigen inzwischen im Vergleich zu 2018 wieder die Zahlen von Migranten, die illegal von der Türkei auf die griechischen Inseln übersetzen.[10]

Die Türkei entwickelt sich immer mehr in einen autokratisch regierten Staat, der insbesondere mit islamistischen Bewegungen kooperiert und solche im Syrienkonflikt aktiv unterstützt.[11] Im Oktober 2019 marschierte die Türkei in Syrien ein und startete eine primär gegen die Kurden gerichtete Militäroffensive in Nordsyrien.[12] Das Agieren der türkischen Regierung unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan ist folglich ein destabilisierender Faktor im Syrienkonflikt und in der syrischen Flüchtlingskrise. An die Türkei erbrachte deutsche ODA-Leistungen belohnen unverdient das türkische Regime und unterstützen die Destabilisierungspolitik der Türkei in Syrien.

II. Die Türkei verletzt die deutsche Souveränität

Die Türkei verletzt ununterbrochen die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland. Mindestens vier Organisationen stehen dabei nach den Erkenntnissen deutscher Behörden im Vordergrund: der türkischen Aktivitäten: der türkische Geheimdienst (MIT), die rockerähnliche Gruppierung „Osmanen Germania BC“ (OGBC), die „Union Türkisch-Europäischer Demokraten“ (UETD) und die „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.“ (DITIB).

---

[8] https://www.tagesschau.de/ausland/eu-tuerkei-abkommen-105.html, abgerufen am 14.10.2019.
[9] https://www.merkur.de/politik/griechenland-neuer-fluechtlingsrekord-in-griechenland-tuerkei-deal-auf-kippe-zr-12995493.html, abgerufen am 14.10.2019.
[10] https://www.zdf.de/nachrichten/heute/erdogan-fluechtlinge-tuerkei-und-eu-100.html, abgerufen am 14.10.2019.
[11] https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-10/nordsyrien-islamisten-exekution-ypg-kurden-tuerkei, abgerufen am 14.10.2019.
[12] https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-10/militaeroffensive-tuerkei-nordsyrien-syrische-regierung-truppen, abgerufen am 14.10.2019.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der türkische Geheimdienst MIT

Der türkische Geheimdienst "Millî İstihbarat Teşkilâtı" (MIT; "Nationaler Nachrichtendienst") ist mit ca. 6.000 Agenten in Deutschland aktiv.[13] Traditionell entfaltet der MIT seine stärksten Auslandsaktivitäten in den Staaten der Europäischen Union (EU), da dort Millionen türkischer Migranten leben, die für die Türkei enorme Bedeutung haben. Ein bis zwei Prozent aller türkischen Wahlberechtigten leben im Ausland. „Besonders interessant sind für die AKP Länder wie Deutschland und Holland, weil hier eine starke Migration aus der ersten Generation lebt, die aus eher ländlichen Gegenden und konservativen Milieus kommt und AKP-nah denkt […] Mit drei von fünf Millionen Auslandstürken ist Deutschland dabei das größte und wichtigste Land.“[14] Der Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom beschreibt die Aktivitäten der türkischen Dienste folgendermaßen: „Kein anderer Nachrichtendienst ist in der Bundesrepublik so präsent wie der MIT, nicht einmal die Central Intelligence Agency. […] Es gab schon mehrfach Berichte auch zehn Jahre zurück, dass es eine massive Unterwanderung der türkischen Bevölkerung in der Bundesrepublik gibt, nachrichtendienstliche Positionen in Reisebüros, bei Turkish Airlines, bei Banken, in Moscheevereinen und dergleichen. […] Das ist überhaupt nicht verhältnismäßig. Das ist eine Sammelwut eines aus dem Ruder gelaufenen Nachrichtendienstes, der natürlich in der Vergangenheit schwerpunktmäßig die Kurden in der Bundesrepublik im Auge hatte, insbesondere dann, wenn sie vermeintlich oder tatsächlich mit der PKK zusammengearbeitet haben. Aber jetzt haben wir natürlich ganz andere politische Verhältnisse. Ins Visier rücken auch die Anhänger der Gülen-Bewegung und zudem alle Angehörigen einer demokratischen Opposition gegen Erdogan [...].“[15]Zu derlei Tätigkeiten dienen auch Netzwerke des MIT in Deutschland, wie das im Südwesten. Hier hat der türkische Geheimdienst laut den "Stuttgarter Nachrichten" mit der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD), Islamisten, den rechtsextremistischen Grauen Wölfen sowie der rockerähnliche Gruppierung „Osmanen Germania BC“ zusammen gearbeitet.[16] Auch der Bundesregierung liegen Anhaltspunkte vor, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan "Einfluss auf die politische Debatte in Deutschland" nimmt und "dass der türkische Nachrichtendienst MIT seine Aufklärungsarbeit in Deutschland im Zuge des Putschversuchs ausgeweitet und intensiviert hat“.[17]

„Osmanen Germania BC“ (OGBC)

Ende des Jahres 2014 gründete sich in Hessen die rockerähnliche Gruppierung „Osmanen Germania BC“ (OGBC). Die Mitglieder – mit meist türkischem Migrationshintergrund – rekrutieren sich hauptsächlich aus der Boxsportszene. Ihre Zentrale liegt im hessischen Dietzenbach (Drucksache 18/12237). Die Sicherheitsbehörden rechneten der Gruppierung in Deutschland zeitweise etwa

[13] https://www.deutschlandfunk.de/tuerkischer-geheimdienst-in-deutschland-sammelwut-eines-aus.694.de.html?dram:article_id=363800, abgerufen am 28.09.2018.
[14] www.rbb-online.de/politik/beitrag/2017/03/interview-tuerkei-referendum-uslucan.html, abgerufen am 28.09.2018 und Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE auf Bundesdrucksache 18/13702.
[15] https://www.deutschlandfunk.de/tuerkischer-geheimdienst-in-deutschland-sammelwut-eines-aus.694.de.html?dram:article_id=363800, abgerufen am 28.09.2018.
[16] www.stuttgarternachrichten.de/inhalt.die-uetd-im-suedwesten-das-netz.89dd4ced-bd1d-4d1a- adf2-b99323665e52.html, abgerufen am 28.09.2018.
[17] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE auf Bundesdrucksache 18/10739.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2000 Rocker zu. Derzeit beträgt die Zahl der Mitglieder einige Hundert.[18] Nach Aussagen von Ermittlern ist der OGBC türkisch-nationalistisch ausgerichtet und unterhalten enge Kontakte zur AKP-Regierung von Recep Tayyip Erdoğan und auch zum Geheimdienst MIT. Einige Fachleute sprechen von „Erdoğans Schlägertruppe in Deutschland“ (www.nw.de/nachrichten/nachrichten/nachrichten/21743430_Osmanen-Germania-Erdogans-Rockertruppe-in-Deutschland.html). Als z. B. am Abend des Putschversuches in der Türkei annähernd 1.500 Erdoğan-Anhänger vor dem türkischen Generalkonsulat in Frankfurt demonstrierten, waren auch die Osmanen-Gründungspräsidenten Mehmet Bagci und Selcuk Can Sahin anwesend (www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadtreport_artikel,-tuerkische-rocker-auf-dem-vormarsch-arid,1563897.html). Als der Deutsche Bundestag die Armenien-Resolution verabschiedete, zogen im Rahmen einer Demonstration, die von Metin Külünk, einem AKP-Abgeordneten organisiert wurde, Anhänger von Recep Tayyip Erdoğan empört vors Brandenburger Tor: flankiert und angeheizt wurde die aufgebrachte Menge von Mitgliedern der OGBC. Nach Erkenntnissen der Polizei, gab ein Mitglied der „Union Türkisch-Europäischer Demokraten“ (UETD) dem Gründungspräsidenten Bagci den Auftrag, Rocker in Zivil teilnehmen zu lassen - schließlich waren etwa 50 Mitglieder dabei. „[Dafür] kassierte die Führungsriege der Osmanen wohl für jeden Teilnehmer eine Provision. Von 100 Euro für jeden Demonstranten war in abgehörten Telefonaten die Rede.“[19]Dies deckt sich mit der Behauptung von Experten, die nicht genannt werden wollen, wonach die Gruppe finanziell aus der Türkei unterstützt werde.[20]Damit hielten die Osmanen, namentlich deren ehemaliger Präsident Mehmet Bagci, Kontakt zu dem APK-Abgeordneten und Erdoğan-Vertrauten Metin Külünk, was auch der Regierung bekannt ist.[21]Dieser Kontakt steht nach dem Bericht Landesregierung Baden-Württemberg unter Verweis auf das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg wiederum stellvertretend für „personelle Verflechtungen und strukturelle Bezüge von regierungsnahen Organisationen in der Türkei und in Deutschland ansässigen, nationaltürkisch geprägten Vereinen und Gruppierungen aus verschiedenen öffentlich zugänglichen Zusammenhängen“[22] Darüber hinaus pflegen die Osmanen nach Erkenntnissen der Polizei enge Verbindungen zu einem in Deutschland lebenden früheren Funktionär der UETD, die als Lobbyorganisation der türkischen Regierungspartei AKP gilt.[23] Nach Aussage der Landesregierung Baden-Württemberg stehen die Mitglieder des OGBC gar unabhängig von Einzelpersonen in Kontakt zur UETD.

„Union Türkisch-Europäischer Demokraten“ (UETD)

Die UETD wurde im Jahr 2004 in Köln, dem europäischen Hauptsitz, gegründet und hat Niederlassungen in Bosnien, Belgien, Finnland, Frankreich, Luxemburg, Ungarn, den Niederlanden, Österreich, Schweden und der Schweiz. Sie wurde nicht erst zu der genannten Armenien-Demonstration aktiv, sondern z-B. bereits infolge der brutalen und gewaltsamen Niederschlagung der ab Mai 2013 in

[18] http://www.spiegel.de/spiegel/osmanen-germania-und-ihre-conncetion-zu-recep-tayyip-erdogan-a-1199613.html, abgerufen am 28.09.2018.
[19] http://www.spiegel.de/spiegel/osmanen-germania-und-ihre-conncetion-zu-recep-tayyip-erdogan-a-1199613.html, abgerufen am 28.09.2018.
[20] „Erdoğans treue Rocker-Gang“, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 7. April 2017 und Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE auf Bundesdrucksache 18/12237.
[21] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE auf Bundesdrucksache 19/350.
[22] Antwort der Baden-Württembergischen Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP/DVP auf Drucksache 16/3158.
[23] http://www.spiegel.de/spiegel/osmanen-germania-und-ihre-conncetion-zu-recep-tayyip-erdogan-a-1199613.html, abgerufen am 28.09.2018.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Istanbul und später in anderen Städten der Türkei stattgefundenen Demonstrationen gegen ein geplantes Bauprojekt auf dem Gelände des Gezi-Parks. Daraufhin kam es auch in Deutschland zu entsprechender Kritik an Recep Tayyip Erdoğan, der AKP und deren Politik. So verurteilten Bundespräsident Joachim Gauck und der Deutsche Bundestag fraktionsübergreifend die exzessive Gewalt.[24] Als eine Antwort auf einen von der Alevitischen Gemeinde in Köln in Solidarität mit der Gezi-Bewegung organisierten Protestmarsch, an dem auch deutsche Politiker teilnahmen, organisierte die UETD im Juli 2013 in Düsseldorf eine Massenkundgebung, aus der auch Teilnehmer/-innen aus den Nachbarländern rekrutiert und aus einigen Städten kostenlose Busfahrten nach Düsseldorf angeboten wurden.[25]Dabei tritt die UETD, flankiert von Erdoğan-treuen Medien, als Lobbyist der türkischen Regierungspartei AKP auf und inszenierte mehrfach Auftritte für den damaligen Ministerpräsidenten und heutigen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan .[26] Schließlich durchsuchten am 13. März 2018 deutsche Sicherheitsbehörden Räumlichkeiten von mutmaßlichen Mitgliedern des OGBC und der UETD in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg.[27]Ziel des Bundesinnenministeriums war es Anhaltspunkte für ein Verbotsverfahren gegen „gewaltbereite türkisch-nationalistische Gruppen“ zu finden.[28]

„Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.“ (DITIB)

Die 1984 in Deutschland gegründete „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.“ (DITIB) ist ein nach deutschem Recht gegründeter Verein und der größte Islamverband in Deutschland. Insgesamt gibt es in Deutschland ca. 2.350 Moscheegemeinden. Der DITIB gehören 889 Mitgliedsvereine an, davon 806 Moscheegemeinden, womit die DITIB der größte Dachverband von Moscheegemeinden in Deutschland ist (Bundestagsdrucksache 18/9399). Über der DITIB steht dabei das türkische Religionsamt Diyanet, welches mittelbar Einfluss auf die DITIB hat. So können von Diyanet der Präsident, der Abteilungsleiter für auswärtige Beziehungen, die Botschaftsräte für religiöse Angelegenheiten in Europa sowie die Religionsattachés in der Bundesrepublik Deutschland nicht lediglich Mitglied des Vereins werden. Der Präsident von Diyanet ist darüber hinaus Ehrenvorsitzender und Vorsitzender des faktisch wichtigsten Organs der DITIB, des Beirats, denn nur vom Beirat vorgeschlagene Personen können sich in den Vorstand wählen lassen. Ihm gehören neben dem Präsidenten der Diyanet vier Religionsbeauftragte an (Drucksache 18/11571). Nach einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages (Az.: WD1 – 3000 – 007/13) nimmt das türkische Religionspräsidium Diyanet damit gegenüber der DITIB Leitungs-, Steuerungs- und Kontrollbefugnisse wahr. Diyanet als Amt für Religionsangelegenheiten wiederum ist direkt beim türkischen Ministerpräsidenten angesiedelt. Damit bilden (UETD,) Diyanet und DITIB eine „unheilvolle Allianz“.[29] Beispielsweise initiierten diese Organisationen gemeinsam am 15. Mai 2015 in Karlsruhe im Vorfeld der Parlamentswahl am 7. Juni 2016 in der Türkei eine

[24] www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-ruhe-im-gezi-park-traenengas-in-ankara-a-905432.html, abgerufen am 28.09.2018.
[25] www.taz.de/!5049200/, abgerufen am 28.09.2018.
[26] www.tagesspiegel.de/themen/agenda/einfluss-der-tuerkei-erdogans-lobby-indeutschland/13695612.html, abgerufen am 28.09.2018 und Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE auf Bundesdrucksache 18/9399.
[27] www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2018/03/vereinsrechtliche-ermittlungen-osmanen.html, abgerufen am 28.09.2018.
[28] Stuttgarter Nachrichten vom 14. März 2018, S. 1.
[29] www.welt.de/politik/deutschland/article154689954/Sonaehren-Erdogans-Prediger-Islamismus-in-Deutschland.html, abgerufen am 28.09.2018.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Großveranstaltung, auf der Recep Tayyip Erdoğan Türken in der Bundesrepublik Deutschland als „die Stimme der Nation“ bezeichnete.[30]

Aktiv wurde die DITIB ebenfalls im Vorfeld der Resolution des Deutschen Bundestages, in der die Massaker des Osmanischen Reiches an den Armeniern 1915/191 als Völkermord eingestuft wurden. So wurde ein geplantes Treffen in der Berliner Şehitlik-Moschee zum Fastenbrechen im Ramadan mit dem ehemaligen Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert abgesagt.[31]Nach der Resolution wurde zunächst die Integrationsbeauftragte Aydan Özoğuz kurzfristig vom Fastenbrechen ausgeladen.[32]Später wurden vor allem die elf Bundestagsabgeordneten mit türkischen Wurzeln massiv unter Druck gesetzt und bedroht.[33]Zwischenzeitlich standen diese türkischstämmigen Abgeordneten des Bundestages nach Morddrohungen wegen ihrer Zustimmung zur Resolution unter Polizeischutz.[34]Ein weiteres Ziel der DITIB sind die Anhänger der Gülen-Bewegung, die von der Türkei für den Putschversuch des Jahres 2016 verantwortlich gemacht und als Terrororganisation eingestuft werden. So soll die DITIB im Auftrag der türkischen Regierung in Deutschland Informationen über vermeintliche Anhänger der Gülen-Bewegung und deren Strukturen gesammelt haben.[35] Entsprechend haben laut Verfassungsschutz mindestens 13 Imame der DITIB aus Nordrhein-Westfalen angebliche Gülen-Anhänger an die Türkei gemeldet: Namen von 33 bespitzelten Personen und elf Institutionen aus dem Bildungsbereich seien an Diyanet geliefert worden. Für die Berichte an die Türkei hätten auch Imame aus drei rheinland-pfälzischen Moscheegemeinden Informationen gesammelt.[36]

Nach §§ 3 Absatz 1, 4 Absatz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) unterliegen u. a. solche Organisationen der Beobachtung der Verfassungsschutzbehörden, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für eine Bestrebung vorliegen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes richten. Obwohl nach diesen formalen Kriterien die genannten Organisationen derzeit nicht als verfassungswidrig gelten oder die Bundesregierung laufende Ermittlungsverfahren abwartet[37], ist eine politisch begründete Reaktion der Bundesrepublik gegen die Türkei notwendig.

[30] www.spiegel.de/politik/deutschland/erdogan-in-karlsruhe-tuerkischer-praesident-spricht-vor-14-000-anhaengerna-1033080.html, abgerufen am 28.09.2018.
[31] www.sueddeutsche.de/politik/armenier-resolution-islamverband-ditib-kritisiert-tuerkeistaemmige-abgeordnete-1.3031017, abgerufen am 28.09.2018.
[32] www.zeit.de/politik/deutschland/2016-06/armenien-resolutionaydan-oezoguz-ditib-fastenbrechen, abgerufen am 28.09.2018.
[33] www.derwesten.de/staedte/bochum/bundestagsabgeordnete-forderteinreiseverbot-fuer-erdogan-id11920127.html#plx1971078456, abgerufen am 28.09.2018.
[34] www.sueddeutsche.de/politik/armenier-resolution-islamverband-ditib-kritisierttuerkeistaemmige-abgeordnete-1.3031017, abgerufen am 28.09.2018.
[35] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE auf Bundesdrucksache 18/11571.
[36] www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/ditib-imame-spitzel-100.html), abgerufen am 28.09.2018.
[37] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE auf Bundesdrucksache 19/350.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.